

Bürgervotum

„Geras Bürger machen Politik gegen Rechts“

Schirmherr der Bürgerkonferenz:
Oberbürgermeister Dr. Norbert Vornehm

Bürgerkonferenz in Gera,
2.-4. November 2007

Präambel

Gera – eine Hochburg des Rechtsextremismus in Thüringen?

Geraer Bürger folgten einer Einladung der Stadt Gera und der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Bürgerkonferenz ins Geraer Rathaus.

Die Formierung der rechtsextremen Szene macht demokratische Gegenstrategien erforderlich. Einer straff organisierten rechten Szene muss auf kommunaler Ebene ein breites Spektrum von Maßnahmen, die miteinander vernetzt sind, gegenüberstehen.

Ziel unserer Bürgerkonferenz war die Erarbeitung einer Handlungsempfehlung für die Kommunalpolitik unserer Stadt durch eine zufällig ausgewählte Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern. Im Fokus stand dabei das Thema Rechtsextremismus und die Erarbeitung demokratischer Gegenstrategien.

Diese Handlungsempfehlung ist ein Instrument der Bürgerinnen und Bürger, sich in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und einen Beitrag zur Beratung der Politiker zu leisten. Unsere Ergebnisse resultieren aus eigenen Kenntnissen, Erkenntnissen und Meinungen. Diese wurden unterstützt durch die Befragung von Experten unterschiedlicher Bereiche zum Thema Rechtsextremismus.

Aus unserer Sicht ist es wichtig, die aufgezeigten Problemlagen in Gera anzugehen und Lösungsstrategien zu gestalten.

Unsere Vorschläge erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und verstehen sich als ein Angebot an die Politik.

Analyse der Ausgangssituation

Zur Struktur der rechtsextremen Szene

Das rechtsextreme Spektrum in Gera weist in den letzten Jahren ein zahlenmäßig gleich bleibendes Niveau auf. Dabei ist die NPD zum „Sammelbecken“ rechter Gruppierungen und zur treibenden Kraft rechter Aktionen geworden. Es formierte sich ein breites rechtsextremes und straff organisiertes Spektrum.

Dadurch ist in der Öffentlichkeit der Effekt der gefühlten Erstarkung dieser Szene erzeugt worden. Das Erscheinungsbild der NPD äußert sich heute vor allem durch ein betont bürgernahes und ein scheinbar gesellschaftsfähiges Auftreten. Mitglieder werden durch zielgruppenspezifische Angebote, wie Integration jugendlicher Erlebniswelten, geworben.

Durch geschicktes Einbeziehen von sozialen Brennpunktt Themen gewinnt die Szene zunehmend mehr Interessenten und scheinbar mehr Attraktivität. Die Nutzung moderner Medien, wie Internet und gewerblicher Strukturen (Szeneläden, Kneipen, Versandhandel, etc.), trägt dabei zur Ausbreitung von Informationen rechtsextremen Gedankengutes auf legalem Wege bei.

Politik

Die anhaltende Politikverdrossenheit großer Bevölkerungsteile unseres Landes sowie die ungenügende Parteilichzusammenarbeit spielen der Entwicklung der rechtsextremen Szene in die Hände. Die Zusammenarbeit der Parteien und anderer demokratischer Kräfte in Gera am Runden Tisch geben Hoffnung.

Aber wahrgenommene soziale Ungerechtigkeit, intransparente politische Entscheidungen und auf fehlende finanzielle Mittel gegründete „Sparscheidungen“ unserer Stadt schränken die bürgerlich gelebte Demokratie erheblich ein.

Die sinkende Wahlbeteiligung, vor allem auf regionaler und kommunaler Ebene (Gera unter 50%) sowie die mangelnde Teilnahme am politischen Alltag begünstigen rechtsextreme Aktivitäten.

Fehlende Wirtschaftskraft in Gera

Geras großes Problem ist die Deindustrialisierung nach der Wende, in deren Folge eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit entstanden ist (Arbeitslosigkeit zwischen 16 und 19%). Trotz der hohen Abwanderung ist die Arbeitslosigkeit nicht gesunken. Dieser Mangel an Arbeit und persönlicher beruflicher Entwicklung schafft Perspektivlosigkeit und kommt rechten Argumenten entgegen. Hierzu gehören auch die extremen Einkommensunterschiede.

Jugendarbeit

Die kommunale Jugendarbeit unterliegt starken finanziellen Zwängen und kann dadurch nicht voll wirksam werden. Dies äußert sich in fehlenden personellen und sächlichen Ressourcen. Eine unzureichende Vernetzung stadtteilorientierter Angebote sehen wir als Ursache dafür, dass zu wenige Jugendliche erreicht werden.

Randgruppen

Soziale Randgruppen wie Ausländer, Behinderte, Homosexuelle als potentielle Opfer der rechtsextremen Szene finden aufgrund der unzureichenden Vernetzung zu wenige Anlaufpunkte. Sie sind bevorzugt potentiell gefährdet. Dies trifft ebenso auf Andersgläubige und politische Gegner zu. Es fehlt häufig die gelebte Integration.

Zuviel Handlungsfreiraum für rechte Organisationen

Obwohl rechtsextreme Parteien die Mittel des demokratischen Rechtsstaates für sich beanspruchen, wollen sie gleichzeitig die Abschaffung desselben.

Ausstiegsproblematik aus der rechten Szene

Die Expertenbefragung ergab, dass vom Verfassungsschutz Aussteigerhilfe nur für den harten Kern der rechtsextremen Szene angeboten wird. Für Ausstiegswillige gibt es keinerlei Programme.

Zur Schulstruktur

Das formulierte Ziel des Stadtrates ist es, große Schuleinheiten in Gera zu schaffen. Dadurch entsteht die Gefahr der Anonymisierung und Ausgrenzung von Schülergruppen.

Empfehlungen

Transparenz und Bürgernähe

Viel Unmut kann vermieden werden, wenn Politik transparent gestaltet wird. Alle Bevölkerungsschichten sollen angemessen einbezogen werden. Hierunter verstehen wir nicht nur jugendorientierte Interessen zu betrachten, sondern auch ältere Menschen mit ihren Lebenserfahrungen zu berücksichtigen.

Demokratie selbst erlebbar gestalten.

In der Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen sehen wir die Chance zur Erhaltung und Festigung demokratischer Werte. Die Bürger unserer Stadt sollen angeregt werden, ihr Engagement für die Gemeinschaft zu erhöhen. Die Mitarbeit in bürgernahen Gremien – wie dem Runden Tisch – muss weiterhin gefördert werden. Der mündige Bürger wird gebraucht, er soll sich im demokratischen Leben wiederfinden. Die Gestaltung einer attraktiven Demokratie ist möglich.

Aufklärung

Wir sehen Aufklärung als zentralen Punkt in der Auseinandersetzung mit rechtsradikalen Ideologien. Neben der Familie hat die Schule eine wesentliche Verantwortung bei der Entwicklung von selbstbewussten, starken und demokratischen Persönlichkeiten. Eltern sollen in ihrer Erziehungsaufgabe durch Bildungsangebote gestärkt werden.

Die Kooperation von Schulamt und Stadtverwaltung bei der Gestaltung einer ausgewogenen und sinnvollen Schulnetzplanung ist unerlässlich. Der Ausbau der Ganztagschulen sollte dabei eine zentrale Rolle spielen. Projekte von Schuljugend- und Schulsozialarbeit sollen weiter intensiv gefördert werden.

Konkrete Möglichkeiten sehen wir:

- in integrativen Formen der Kleinkind- und Vorschulbetreuung
- in Projekten zur Prävention und zur politischen Bildung in Schulen
- in vielfältigen Freizeitangeboten, die als Ausgleich zu befürchteten nachteiligen Auswirkungen in den geplanten großen Schuleinheiten dienen sollen
- in der Aufklärung über rechtsextreme Strategien und über „Hintermänner“ (z.B. rechtsextreme Netzwerke (Personen, Firmen, Veranstaltungen))
- in Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz sozialer Minderheiten („Gera Bunt“, Schüleraustauschprojekte)
- in Bildungsangeboten im dualen System innerhalb der Ausbildungsbetriebe
- in der Schaffung von Bildungsangeboten für Ältere
- in der Nutzung der Angebote der Volkshochschule

Die Parteien sollen sich gemeinsam gegen rechtsextreme Bestrebungen positionieren unter Einbeziehung der Bürger und auch neue Formen der Bürgerbeteiligung fördern (unsere Bürgerkonferenz ist dafür ein gutes Beispiel). Innerhalb der Bürgerkonferenz wurde deutlich, dass die kontinuierliche Projektarbeit mit finanzieller Absicherung enorme Bedeutung hat. Dabei geht es also nicht um punktuelle Profilierung von Politikern, sondern um tatsächliche und dauerhafte Unterstützung von bereits etablierten Projekten unter Einbeziehung der Bürger.

Auch die Lehrerschaft benötigt umfangreiches Rüstzeug, um rechtsextremen Tendenzen sicher und wirksam begegnen zu können. Dieses Wissen muss stetig aktualisiert und erweitert werden. Beispielhaft hierfür sind JUREGIO und MOBIT. Wir fordern die Schaffung einer Anlaufstelle von MOBIT für Gera! Auch der Runde Tisch bedarf unserer Auffassung nach einer personellen Ausstattung.

Handlungsräume einschränken

Wir sind der Meinung, dass die Handlungsräume der rechten Gruppen eingeschränkt werden sollen. Mögliche Maßnahmen sind:

- Öffentlichmachen von Identitäten der rechtsextremen Szene
- Verweigerung der Vergabe von kommunalen Räumlichkeiten an rechtsextreme Gruppierungen

Bürgerschaftliches Engagement

Wir fordern eine stärkere Würdigung von Mut zur Zivilcourage durch die Verleihung eines Preises für bürgerschaftliches Engagement und Zivilcourage der Stadt Gera.

Förderung der Integrationsmöglichkeiten

Wir fordern die Stärkung der öffentlichen Träger der Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit durch finanzielle Unterstützung, um Integrationsarbeit vor Ort zu ermöglichen. Gleichzeitig fordern wir die gezielte Förderung von Sportvereinen, die sich gegen die rechtsextreme Szene engagieren.

Günstige Ansiedlungsbedingungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen

Arbeitsplätze sind eine Grundvoraussetzung, die Lebenszufriedenheit zu erhöhen. Bürokratieabbau und bessere Vermarktung können die Ansiedlung ortsfremder Unternehmen begünstigen.

Dazu fordern wir die Organisation und Durchführung einer Bürgerkonferenz zur Frage der Schaffung von Arbeitsplätzen in Gera

Netzwerk

Die Stadt Gera soll einen Netzwerkkatalog erarbeiten, der das kooperative Miteinander der verschiedenen Vereine und Träger verbessern soll. Eine trägerorientierte Stadteilaufteilung trägt zudem zur effizienteren Sozialarbeit bei.

Schaffung eines Aussteigerprogramms

Wir fordern ein konkretes Programm für ausstiegswillige Mitglieder der rechtsextremen Szene. Hierfür sollen Ansprechpartner in kommunalen Ämtern und sozialen Vereinen benannt werden.

Außerdem ist auf der Internetseite der Stadt Gera ein entsprechendes Informationsangebot bereit zu stellen. Hierzu gehört die Benennung von Vereinen, Organisationen und Ämtern die dabei konkrete Hilfe anbieten sowie Informationen über Veranstaltungen und Projekte innerhalb der Stadt.

Abschließende Empfehlung

Zur Überprüfung der Umsetzung unserer Forderungen empfehlen wir die Durchführung einer zweiten Bürgerkonferenz zu diesem Thema in einem Jahr.